

## Editorial

### Die Einheit der Lebensverhältnisse - Zur Zukunft einer Illusion

Das neue Deutschland ist nicht mehr die alte Bundesrepublik. In westlichen Ohren klingt diese Feststellung nicht selten wie eine Drohung, berührt sie doch die implizite Erwartung, die zur Geschäftsgrundlage für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemacht worden war. Im Tausch gegen den Verzicht, die staatliche Einheit Deutschlands zum Gegenstand einer politischen Willenserklärung des demokratischen Souveräns zu erheben, haben die Regierenden des überlegenen westlichen Staates das politische Versprechen abgelegt, daß sich jenseits der Elbe alles, diesseits aber möglichst nichts ändern soll.

Heute sind die Klagen Legion, daß weder das eine noch das andere sich eingestellt habe. Wenn ein Drittel aller Arbeitsplätze der DDR in den fünf neuen Ländern vernichtet worden und bald vierzig Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung von staatlicher Alimentierung abhängig sind, dann wird in der Oberlausitz, in Vorpommern oder in Halle-Neustadt langsam die Hoffnung sinken, zur Lebensform des westlichen Besitzindividualismus überwechseln zu dürfen. Das Volk der ehemaligen DDR wird durch die Erfahrung zusammengehalten, im Verhältnis zum Westen eine kollektive Deklassie-

rung verarbeiten zu müssen (vgl. den Beitrag von *Peter A. Berger*), die ihm überdies noch von jenen verordnet wurde, die sie politisch beauftragt hatten, für ihren kollektiven Aufstieg zu sorgen. Als vorherrschende Tendenz in der ostdeutschen Sozialstruktur hat sich nicht die Ausdifferenzierung verschiedener Marktclassen, sondern die vermutlich dauerhafte Herausbildung einer überdimensionierten Versorgungsklasse eingestellt. Damit wurde eine sozialpolitische Klientel erzeugt, die zur Konkurrenz um die staatliche Gunst gezwungen ist und folglich am Ausschluß von Mitbewerbern um die knappen Sozialbudgets interessiert sein muß. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Fremdenfeindlichkeit, der man im Osten begegnet, allein sozialpolitische Ursachen hat (vgl. den Beitrag von *Thomas Herz*). Aber bevor man den nackten Rassismus in (ost-)deutschen Köpfen und Herzen herumspuken sieht, sollte man ihm den Schein einer sozialen Notwehr nehmen.

Der herrschenden Politik zufolge ist es nur eine Frage der Zeit - wie es seit dem Frühjahr 1990 heißt, bis »endlich der Aufschwung kommt«. Selbst wenn er käme, würde dies wenig daran ändern, im Osten

Deutschlands eine Bevölkerung vorzufinden, die zu einem nicht geringen Teil für ökonomisch überflüssig gehalten wird. Auch die höchsten Wachstumsraten können nicht hoch genug sein, um die »Freisetzungen« im Zuge des Produktivitätsfortschritts zu kompensieren. Überhaupt hat sich die deutsche Futurologie als eine Abfolge von Fehlmeldungen erwiesen. In rasanter Geschwindigkeit verschieben sich die Prognosen, die die Einheit der Lebensverhältnisse vorhersagten. Noch 1990 bildeten sich westdeutsche Modernisierungstheoretiker etwas auf ihren nüchternen Realismus ein, den Schwindel des Bundeskanzlers, noch in seiner Amtszeit blühende Landschaften sichten zu können, um ganze fünf Jahre zu korrigieren. Es zeichnet sich ab, daß erst die um 1980 geborenen Jahrgänge ihren Lebensabend in an den Westen angeglichenen Verhältnissen verbringen werden. Sollte die in den ersten Jahren der Einigung größer gewordene Lücke zwischen Ost und West jährlich um zwei bis drei Prozent geschlossen werden, müßte die ostdeutsche Bevölkerung an die 60 Jahre auf die von der Verfassung gebotenen vergleichbaren Lebensbedingungen warten. Konservative Ökonomen kalkulieren, daß es allein zehn Jahre dauert, bis die ostdeutsche Bevölkerung 70 Prozent des Einkommensniveaus der Westdeutschen erreicht - vorausgesetzt die ganz unwahrscheinlichen Bedingungen, daß währenddessen anhaltend

hohe Wachstumsziffern erzielt werden und die Westdeutschen zu eigenen Einbußen an Einkommen und Wohlfahrt auf Dauer bereit sind. Zwischendurch soll das Volk kürzer treten, damit das tote Rennen zumindest gestartet werden kann. Nicht eingerechnet sind bei diesem Kalkül jene Verwerfungen, die sich aus der Dynamik der marktwirtschaftlichen Entwicklung selbst ergeben, ohne der »Erblast« des Sozialismus zugeschrieben werden zu können oder durch die deutsche Vereinigung verursacht worden zu sein. Im Zuge einer Regionalisierung der Weltgesellschaft (vgl. *PROKLA* 90) wird auch im größeren Deutschland scharf zwischen Zentren und Peripherien in der Wohlstands- und Wachstumsentwicklung geschieden. Dies macht eine anhaltende Disparität der Lebensverhältnisse zwischen den westdeutschen Kernregionen der Wirtschaft und dem ostdeutschen Rand eher wahrscheinlich als eine gleichmäßige Verteilung der Markt- und Lebenschancen. Ebenso verhält es sich mit der Aussicht, die Erwerbsbevölkerung erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Behält man die herrschende Logik der Verteilung von Arbeit bei, dann stellt sich die Schaffung von Arbeitsplätzen im Osten über kurz oder lang als ein Nullsummenspiel dar (vgl. den Beitrag von *Heiner Ganßmann*), bei dem der eine erhält, was dem anderen vorher entzogen wurde.

Langsam dämmert es auch den Funktionseleiten in Wirtschaft und Politik, daß es barer Unsinn ist, den »Aufschwung Ost« mit dem »Wirtschaftswunder« der 50er Jahre zu vergleichen. Keine der Voraussetzungen des damaligen Wachstums ist heute gegeben, weder die stürmische Nachfrage nach Arbeitskräften, noch schier unersättliche Märkte in der »Rekonstruktionsperiode« nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Regierung favorisiert einen Marktliberalismus als bürgerliche Ersatzreligion, der die Industrie- und Wirtschaftspolitik der deutschen Nachkriegszeit gerade nicht ausgezeichnet hat. Ludwig Erhard redete zwar »neoliberal«, aber praktizierte, wie Andrew Shonfield gezeigt hat, einen Staatsinterventionismus, der ähnlich »marktkonform« war wie die italienische *Programmazione* oder die französische *Planification*. Wenn heute den Kräften des Marktes der Aufbau einer modernen volkswirtschaftlichen Infrastruktur zugetraut wird, so scheint man vergessen zu haben, daß der deutsche Kapitalismus seit seinem Beginn vor allem ein staatlich organisiertes Projekt war, das über Interventionspolitik die Rahmenbedingungen erst schuf, in denen sich die Privaten, den Marktkräften gehorchend, dann getummelt haben. Heute verkündet der Wirtschaftsminister, daß die Vernichtung von Arbeitsplätzen allein die Sache der Wirtschaft sei, was ebenso zutreffend ist wie zynisch darauf verzichtet, die sozialen

Folgen privater ökonomischer Entscheidungen zumindest begrenzen zu wollen.

Es war naiv, dem Markt und westdeutschen Unternehmerinteressen den versprochenen Aufschwung anzuvertrauen - ein marktideologisch begründeter grandioser Fehler. Die Privatisierung durch die Treuhand vollziehen zu lassen, mußte im Desaster enden. Denn erstens sind die Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität, d.h. für eine Erhaltung der Unternehmen im Zuge der Privatisierung, systematisch durch die Marktmechanismen unterminiert worden. Zweitens sind absurderweise gerade an der unterminierten Rentabilität die Möglichkeiten zur Privatisierung und - als Kehrseite - die Notwendigkeit der Stilllegung bemessen worden. Ohne eine Industrie-, Regional- und Arbeitsmarktpolitik, die die Regierung in Bonn kategorisch bis zum kleinlauten Zugeständnis Kohls im Herbst 1992, die noch verbliebene »industriellen Kerne« jetzt aber erhalten zu wollen, abgelehnt hatte, mußte der Vorrang des Privatisierungsauftrags zu auch finanziell katastrophalen Folgen führen. Die Treuhand wird mit mehr als 450 Mrd. DM Schulden in die Liquidation gehen. Daß obendrein das zusammenbrechende Sozialsystem der neuen Bundesländer durch eine unsolide Finanzierung aufgefangen worden ist, erschwert die Lage heute und versperrt mit der rapide zunehmenden Belastung durch den Schul-

dendienst die politischen Handlungsräume zukünftiger Regierungen. Um eine betuchte Klientel im Westen bei der Stange zu halten, sind politische Gestaltungsmöglichkeiten im Osten, in Zukunft aber auch im Westen, verspielt worden. Die bittere Bilanz im Jahre Drei der deutschen Einheit lautet: Die politische Einheit unwiderruflich in den Scheuern, die wirtschaftliche und soziale Einigung der beiden Teile Deutschlands aber in den Sand gesetzt zu haben.

Immer klarer tritt hervor, daß die Abschottung vom Osten und die »Systemkonkurrenz« die Bestandsvoraussetzungen eines Wirtschaftssystems waren, das sich weder ökologisch verallgemeinern läßt noch hinreichend dazu in der Lage ist, die Menschen als Wirtschaftsbürger in die Marktgesellschaft zu integrieren. Die nachholende Modernisierung, die im Osten scheinbar auf der historischen Tagesordnung stand, ist auf fatale Weise Wirklichkeit geworden und hat dabei ihre Widersinnigkeit dokumentiert. So erschöpft sich die Tatkraft der deutschen Politik in einer seltenen Bornierung, im Osten jene auslaufenden Modelle nachzubilden, die im Westen schon längst ihre Problematik gezeigt haben. Ob man nun das Hochschul- oder das Gesundheitssystem, die Verkehrs- oder die Industriepolitik, den Aufbau der Verwaltungszüge oder die Strukturpolitik nimmt: Am Vorbild des Westens orientiert, wird jede Chance vertan, dem Osten eine

»Modernisierung« zu gestatten, die ihn nicht dazu verdonnert, die Fehler von gestern wiederholen zu dürfen. Stattdessen haben sich auf den Immobilienmärkten, im Medienbereich und im Gesundheitswesen, im Beamtenstaat, im Energiesektor und in der Versicherungsbranche - um nur die Felder zu nennen, wo besonders dreist abgesehen wurde - westdeutsche Interessengruppen mit einem quasi »öffentlichen Status« (Claus Offe) den Nachlaß der DDR in die eigenen Bilanzen »privatisiert«.

Die interessengeleitete Nachbildung östlicher Verhältnisse gemäß dem westlichen Muster bietet mittlerweile den geeigneten Rahmen der politischen Strategie, das Modell Deutschland insgesamt nach unten zu korrigieren. Besser als durch die Notwendigkeit des Verzichts im Glanz nationaler Aufgaben läßt sich ein sozialpolitisches *roll back* nie wieder begründen. Der Westen hatte ja, einer vielzitierten Formel von Ulrich Beck zufolge, kollektiv in einem Fahrstuhl nach oben gesessen. Nun sieht es so aus, als ob es wieder abwärts geht, und zwar auch im Westen. Durch die Vereinigung zunächst mit einer unerwarteten und daher umso heftiger begrüßten Sonderkonjunktur beschenkt, ist das neue Deutschland von der weltweiten ökonomischen Krise eingeholt worden, zusätzlich gebeutelt von den Vereinigungskosten, die die ordentlich sparsamen Deutschen zu europäischen Spitzenreitern bei der

Staatsverschuldung machen. Da die deutsche Christdemokratie in den achtziger Jahren verpaßte, eine Deregulierung nach englischem Vorbild tatsächlich zu realisieren, wird nun der Beitritt der neuen Länder dazu genutzt, die Eckpfeiler des Sozialstaates mit dem wohlfeilen Argument des Sachzwanges auszuhebeln. Der jüngste Tarifkonflikt in der ostdeutschen Stahl- und Metallbranche war nichts anderes als ein Testlauf auf der ostdeutschen Versuchsstrecke, das System der Interessenvermittlung von Arbeit und Kapital in Bahnen zu lenken, auf denen die kollektive Sicherung der Arbeitnehmer abgehängt werden kann. Was die politische Klasse in Bonn mit ihrer Einigungsideologie nicht geleistet hat, ist zu einer Aufgabe der Sozialpartner, in erster Linie der Gewerkschaften geworden. Mehr als im Westen üben sie in den neuen Bundesländern eine sozialpolitische Funktion der Herstellung vergleichbarer Lebensbedingungen aus. Das ist neu, denn in der langen Geschichte der Tarifpolitik in Westdeutschland gehörte die Bestimmung der sozialpolitischen Rahmenbedingungen in erster Linie zum Aufgabenfeld von Parlament und Regierung. Seit dem Ersten Weltkrieg ist der *living wage* oder der »politische Lohn« eine Garantie gegen die ökonomischen Wechsellaugen und daher die Basis, von der aus in den Tarifaufeinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit um die aktuelle Höhe des »ökonomischen

Lohns« und um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen gekämpft wird. Der Kernbestand der sozialen Demokratie besteht ja gerade in dieser sozialstaatlichen Arbeitsteilung zwischen allgemeiner, staatlicher Regelung der sozialen Mindeststandards und der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen durch die autonomen Tarifpartner. Die Autonomie wiederum ist doppelt definiert und daher auch doppelt zu verteidigen: einmal gegen die staatliche Einmischung und zum anderen gegen eine wilde, Verträge in den Wind schlagende Ausübung von ökonomischer Macht, die auf soziale Interessen keine Rücksicht nimmt. In Ostdeutschland ist die Tarifautonomie sowohl durch die eindeutige Parteinahme des Staates mittels der Treuhand als auch durch die schnoddrige Aufkündigung des tarifpolitischen Konsenses in Gefahr. In die gleiche Rubrik fallen die Planspiele, in der Krankenversicherung nur noch eine »Grundversorgung« zu finanzieren, die Daseinsvorsorge möglichst weitgehend zu einer privaten Angelegenheit zu erklären.

Die nachholende Modernisierung entpuppt sich als eine nachholende Deregulierung. Der Vereinigungskynesianismus ist längst verpufft, er hat kurzfristig eine konsumistische Scheinblüte erzeugt und wird heute dazu verwandt, sich die letzten Reste politischer Loyalität zu erkaufen. Finanziert soll das durch einen »Solidarpakt« werden, der nicht nur ungerecht ist, sondern auch

nicht funktionieren kann. Das Geld, das zusätzlich in die Staatskassen soll, wird vorne und hinten nicht reichen, wenn es zur bloßen Kompensation derjenigen sozialen Schäden dient, die die durchgesetzte Marktgemeinschaft hinterläßt.

In sozialer Hinsicht hat sich die Übertragung des westdeutschen Modells anfänglich von der Illusion leiten lassen, für die neuen Institutionen schnell einen kulturellen Kitt finden zu können, der Ämter und Mandate, Parteien und Organisationen verbindet und das Personal mit der notwendigen Sicherheit für aktives Engagement versorgt. Inzwischen ist deutlich geworden, daß sich in Ostdeutschland ein Absentismus eingestellt hat, der die Einrichtungen des öffentlichen Lebens gerne sich selbst und dem Westpersonal überläßt. Verbände und Verwaltungen klagen über die fehlende Bereitschaft, ein Ehrenamt auszuüben; die ostdeutschen Parteien bestehen bald nur noch aus Funktions- und Mandatsträgern allein. An Beispielen wie diesen zeigt sich, daß die Inkorporierung des deutschen Ostens in den westlichen Staat kulturelle Abstoßungsreaktionen bewirkt, weil die Logik der Systemnicht auch jene der Sozialintegration ist. Die Abwicklung des Staatssozialismus und der westliche Institutionentransfer treffen auf eigensinnige Wahrnehmungen und Interpretationen (vgl. die Beiträge von *Birgit Müller* und *Cordia Schlegelmilch*), die sich nicht steuern lassen wie

Dienstwege in Bürokratien oder der ökonomische Zahlungsverkehr. Nicht zuletzt diesem Zusammenhang ist wohl zuzuschreiben, daß sich nicht wenige Ostdeutsche durch die Art der deutschen Vereinigung aufgefordert fühlen, auch selbst nur noch die eigenen Chancen wahrzunehmen.

Nun ist das Phänomen, für öffentliche Angelegenheiten und allgemeine Interessen kaum noch auf privates Engagement zu stoßen, auch im Westen bekannt. Hier hat sich als Folge abnehmender sozialer Bindungen und moralischer Verpflichtungsgefühle eine Tendenz zur Professionalisierung der sozialen und politischen Arbeit ergeben, die nunmehr das Ausgangsniveau darstellt, von dem aus im Osten schon von vornherein mit der modernen Vergesellschaftung begonnen wird. Das Modell »deutsche Volkspartei« mit hunderttausendfacher Mitgliedschaft etwa wird man im Osten sowieso vergessen können - also braucht es Büro, Geschäftsführer, Fax, um die Willensbildung auf Trab zu bringen. Auch auf Subsidiarität im sozialen Bereich wird nur zählen können, wer die Freiwilligkeit großzügig honoriert.

Eine kalte Form der Vergesellschaftung bahnt sich an, die das Muster der instrumentellen sozialen Beziehung, von der schon die Lebenswelt des Staatssozialismus zehrte, bruchlos in die neue Zeit verlängert. Das Entscheidende daran ist, daß dadurch im Osten eine neue Normali-

tät kapitalistischer Vergesellschaftung erzeugt werden könnte, die ihre Kultur von allen Prinzipien jenseits der egoistischen Interessenverfolgung befreit. Wenn moderne Marktwirtschaften ohne moralische Ressourcen der Selbstbindung auskommen könnten, wäre dies ein passendes Ingredienz des dem Osten verordneten Fortschrittscocktails. Doch wissen inzwischen auch die marktliberalsten Deregulierer, daß Marktgemeinschaften auf Dauer nur funktionieren und sich nicht auf anomische Zustände zubewegen, wenn die Individuen sich nicht allein egoistisch auf ihr Portefeuille beziehen. Bedenkt man, daß sich bei der Auflösung sozialer Bindungen eine westliche und eine östliche Entwicklung in eine gemeinsame Richtung wechselseitig bestärken, könnte am Ende dann doch das »moderne Deutschland« entstehen, von dem man schon jetzt begründet Abstand nehmen darf. Dies nicht zuletzt, weil bekanntlich atomisierte Subjekte am besten dazu geeignet sind, autoritäre Gemeinschaften zu bilden. In diesen wird dann eine natürliche Bindung fundamentalistisch beschworen und überhöht, die sich faktisch längst gründlich aufgelöst hat. Das Habermas'sche Wort vom »DM-Nationalismus« ist oft gescholten worden, weil es angeblich die Motive derjenigen denunzierte, die die staatliche Teilung aufheben wollten. Heute scheint hiermit der letzte Rest einer gemeinsamen Übereinstimmung angesprochen zu

sein, auf die man sich im Westen und im Osten national einigen kann - freilich ohne die soziale, politische, kulturelle, ja noch nicht einmal die ökonomische Einheit wirklich erreichen zu können.

PROKLA-Redaktion